

# 5 vor 12!

## Bundesregierung stellt die heimische Land- und Forstwirtschaft sowie den Gartenbau ins Abseits!

Unsere Landwirtschaft, die Forsten und der Gartenbau in Nordrhein-Westfalen stehen in einem hart umkämpften europäischen und internationalen Wettbewerb. Mindestlohn, eine ideologisch geprägte Umsetzung der europäischen Agrar- und Umweltpolitik sowie nationale Alleingänge beim Tierwohl und Pflanzenschutz und die Novelle des Bundeswaldgesetzes stellen schon heute eine große Belastung für den Agrarstandort NRW dar.

Schon jetzt benachteiligt eine völlig ungehemmte Bürokratie bei der Umsetzung Brüsseler Vorgaben und ein ständiges Aufsatteln nationaler Vorschriften gerade die produktiven und arbeitsintensiv wirtschaftenden Betriebe in NRW bis an den Rand des Erträglichen. Jetzt bringt die Bundesregierung mit ihren Steuerplänen das Fass endgültig zum Überlaufen.

Die Land- und Forstwirtschaft sowie der Gartenbau werden durch den geplanten Kompromiss des stufenweisen Auslaufens der Agrardieselregelung auch bei der Beibehaltung Kfz.-Steuerbefreiung in ihrer Wettbewerbskraft geschwächt. Dieser Verschiebepolitik ist das Gegenteil einer langfristigen Politikstrategie, die Planungssicherheit für einen prosperierenden ländlichen Raum bietet. Schließlich soll der Agrarhaushalt nach den jüngsten Kürzungen der letzten Jahre um weiter 100 Mio. € geschrumpft werden.

Diese Politik der Bundesregierung führt sehenden Auges einen ganzen Berufstand, der von existentieller Bedeutung für die Ernährungssicherung und den Klimaschutz unserer Bevölkerung ist, ins Abseits. Die Auswirkungen dieser Politik belasten die stark schwankenden Einkommen der Bauernfamilien schwer und heizen den Strukturwandel weiter an.

Daher wenden wir uns gegen diese Salami-Taktik der Bundesregierung:

**Die bestehende Agrardieselregelung muss unverändert fortgeführt werden!**

**Die Kfz.-Steuerbefreiung beibehalten werden!**

Wir fordern alle Abgeordneten im Bundestag auf, sich auch gegen die neuen Pläne der Bundesregierung zu stemmen und sich an die Seite der heimischen Bauernfamilien und Gärtner zu stellen. Eine wettbewerbsfähige Grüne Branche ist der Garant für stabile demokratische Verhältnisse und sichere Arbeitsplätze nicht nur in ländlichen Räumen.

Wir brauchen eine Korrektur dieser Finanz- und Wirtschaftspolitik, darüber hinaus auch eine entsprechende Agrar- und Umweltpolitik. Dies macht die breite Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen aus dem Mittelstand und des Handwerks an den Aktionswochen des Deutschen Bauernverbandes, mehr als deutlich.

8. Januar 2024

